

25541-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Neubau Spree-Regine-Hildebrandt-Schule in Fürstenwalde/Spree - Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §55, Anlagengruppen 1 bis 8 nach HOAI §53
OJ S 10/2024 15/01/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Oder-Spree, Der Landrat, Dezernat III, Amt 65
E-Mail: michael.graff@landkreis-oder-spree.de
Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau Spree-Regine-Hildebrandt-Schule in Fürstenwalde/Spree - Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §55, Anlagengruppen 1 bis 8 nach HOAI §53
Beschreibung: Der Landkreis Oder-Spree beabsichtigt den Neubau einer 2-zügigen Förderschule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt "geistige Entwicklung" für max. 192 Schüler/Schülerinnen im Rahmen der Entwicklung des "Spree-Campus Fürstenwalde Süd" in Fürstenwalde/Spree. Mit dem Neubau soll das bestehende Schulgebäude der Regine-Hildebrandt-Schule am Tränkeweg aufgegeben werden, welches eine seit zwei Jahrzehnten andauernde Interimslösung bildet, die den wachsenden Bedarf an entsprechenden Schulplätzen schon heute nicht mehr abdecken kann und weder den organisatorischen, technischen noch baulichen Anforderungen einer Schulnutzung entspricht. Die Grundlage der baulichen Entwicklung des Standortes wird das Ergebnis eines interdisziplinären Wettbewerbs für Architekten und Landschaftsarchitekten sein, dessen Ergebnis Ende Januar 2024 vorliegen und die Grundlage der baulichen Entwicklung bilden wird. Das Raumprogramm umfasst neben Klassen-, Differenzierungs- und Fachräumen u.a. einen Mehrzweckraum, ein Bewegungsbad nebst Nebenräumen, einen Therapiebereich mit Räumen mit unterschiedlichen Funktionsbelegungen auch Räume für die Schulverwaltung, das Technische Personal und Lager-/ Technikflächen. Zudem sind Pausen-, Frei- und Sportaußenflächen zu planen.
Kennung des Verfahrens: e6912710-ad24-410b-a918-bf5b52a89ba4
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Fürstenwalde/Spree
Postleitzahl: 15517
Land, Gliederung (NUTS): Oder-Spree (DE40C)
Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP9YEJ6Z5K (1) Die insb. in Ziff. 5.1.9 geforderten Erklärungen und Angaben werden im Rahmen der zu verwendenden Formblätter (Teilnahmeantrag [interaktive PDF-Datei] und Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen [Formular 4.1 EU] sowie - sofern zutreffend - Bewerbergemeinschaftserklärung [Formular 4.2 EU], Erklärungen für Nachunternehmer [Formulare 4.3 EU und 4.4 EU]) präzisiert und abgefordert und sind nicht separat zu erklären /abzugeben. Die Formblätter sind in deutscher Sprache vollständig auszufüllen. Eine Unterschrift ist bei elektronischer Bewerbung nicht erforderlich, der Name des Erklärenden/der bevollmächtigten Person sowie der Name des Unternehmens ist jedoch zwingend anzugeben. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzunehmen. Je Bewerbung ist nur ein Teilnahmeantrag zugelassen. Der bevollmächtigte Vertreter füllt den Teilnahmeantrag aus. Die Bewerbungsunterlagen sind elektronisch unter Nutzung des sog. Bietertools auf der Vergabeplattform bis zu der in Ziff. 5.1.12 genannten Frist einzureichen, ansonsten wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen. Die Nichtvorlage bzw. die Vorlage nicht vollständiger Unterlagen, Erklärungen und Nachweise - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 [2] - hat den zwingenden Ausschluss vom weiteren Verfahren zur Folge. Eine Nachforderung bei fehlerhaften Referenznachweisen ist über den Umfang der Liste in Pkt. 5.1 des Teilnahmeantrages hinaus nicht vorgesehen. Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht. (2) Sofern der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) einreichen möchte, muss er/sie sicherstellen, dass die EEE sämtliche zuvor genannten Angaben /Erklärungen/Nachweise enthält. Die EEE muss nicht verwendet werden, wenn der Teilnahmeantrag inkl. Anlagen vollständig ausgefüllt eingereicht wird. (3) Unter der in Ziff. 5.1.11 genannten Adresse können alle Vergabeunterlagen (Formblätter [s.o.] inkl. Bewertungsmatrix Stufe 1 sowie Zuschlagskriterien/Bewertungsmatrix Stufe 2 und die in Ziff. 5.1.1 "Optionen" aufgeführten Unterlagen) sowie Änderungen/ Ergänzungen zur Bekanntmachung und ähnliches wie auch die weiteren Auskünfte abgerufen werden. Bewerber sind verpflichtet, sich eigenständig die Informationen dort zu verschaffen. (4) Rückfragen werden nur zugelassen und beantwortet, wenn sie so rechtzeitig eingehen, dass der Auftraggeber 6 Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist die zusätzlichen Auskünfte erteilen kann (VgV § 20 (3), Unterabsatz 1). Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform. (5) Hinweis zu Ziff. 5.1.10 Zuschlagskriterien: Die Angebotsinhalte zu den nichtpreislichen Angebotsbestandteilen werden nicht verhandelt. Die für die nichtpreisliche Bewertung relevanten Angebotsbestandteile sind mit dem Erstangebot vorzulegen und werden auf dieser Grundlage unter Berücksichtigung einer vorgesehenen Präsentation (s.a. Hinweise in der Bewertungsmatrix) bewertet. Je Kriterium werden 0, 1, 3 oder 5 Punkte vergeben (näheres siehe Vergabeunterlagen). Es können insgesamt maximal 255 Punkte erreicht werden. Bewertung Honorarangebote: Die einzelnen Honorarangebote werden jeweils mit max. 5 Punkten bewertet. 5 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis, 0 Punkte erhalten Angebote mit dem 1,75-fachen oder mehr als dem 1,75-fachen des niedrigsten Preises. Die Punktzahl errechnet sich im Übrigen dann wie folgt: $0 + 5 \times (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{Preis}) / (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{niedrigster Preis})$. (6) Der Bauherr beabsichtigt, i.R. der Verhandlung (Zuschlagsverfahren) die Frist für die Einlieferung der finalen Honorarangebote im Einvernehmen mit den Bietern auf 10 Tage festzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag gemäß VgV §17 (11) auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen. (7) Mit Teilnahme an dem Vergabeverfahren erklärt

sich der Bewerber einverstanden, dass sämtliche, auch personenbezogene, vom Bewerber zur Verfügung gestellte Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens gespeichert und verarbeitet werden. Er erklärt ferner, dass die Zustimmung hierzu von den betreffenden Personen vorliegt. Die Daten werden ausschließlich für dieses Vergabeverfahren verwendet. Für weitere Informationen zum Datenschutz bitte an die in Ziff. 1.1 genannte Kontaktstelle wenden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neubau Spree-Regine-Hildebrandt-Schule in Fürstenwalde/Spree - Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §55, Anlagengruppen 1 bis 8 nach HOAI §53

Beschreibung: Die geplante Baumaßnahme umfasst im Einzelnen folgende Maßnahmen: 1. Neubau der zweizügigen Förderschule Spree-Regine-Hildebrandt-Schule mit Schwerpunkt "geistige Entwicklung" - Im Neubau sind neben den Räumen für den allgemeinen Unterricht (u. a. Klassen-/ Differenzierungsräume) Fachräume für den berufsbezogenen Unterricht (u.a. für Holzwerken, Keramikwerken, Kochen, Hauswirtschaft), Räume für Musik und Kunst, einen Mehrzweckraum mit angelagerter Ausgabeküche, ein Therapiebereich mit Räumen mit unterschiedlichen Funktionsbelegungen und einem Bewegungsbad nebst Nebenräumen, sowie Räume für die Schulverwaltung, das Technische Personal und Lager-/ Technikflächen geplant. Abhängig vom Entwurf wird es zudem einen Personenaufzug geben. Neben den nutzerspezifischen Anforderungen soll der Neubau mindestens BNB-Silber-Standard erreichen. Grundlage der geplanten Maßnahme wird das Ergebnis des interdisziplinären Realisierungswettbewerbs für Architekten/Architektinnen und Landschaftsarchitekten /Landschaftsarchitektinnen sein, dessen Ergebnis voraussichtlich im März 2024 vorliegen wird. Im Ergebnis soll ein architektonisch ansprechendes Gebäude sowie technisch optimale Anlagen zur Verfügung stehen, welche über lange Jahre einen wirtschaftlichen und nachhaltigen Betrieb ermöglichen. Die geplante Baumaßnahme zeichnet sich zusammenfassend wie folgt aus: 1. Gebäudetyp: Schule; 2. Art der Baumaßnahme: Neubau; 3. Größenordnungen: rd. 8.100 qm BGF; 4. Geschätzte Kosten für die hier ausgeschriebene Maßnahme (Summe KGR 410 bis 480 nach DIN 276 - Kostenstand 2023): ca. 5,4 Mio. EUR brutto. Die Planung muss in enger Zusammenarbeit mit der Objektplanung sowie weiteren Fachplanungen erfolgen. Die Schnittstellen sind gemeinsam abzustimmen. Gegenstand dieses Verfahrens ist die Vergabe der Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §55, Anlagengruppen 1 bis 8 gem. HOAI §53, jeweils die Grundleistungen LPh 1-9 (teilweise, soweit die Leistungen nicht durch den AG erbracht werden [im Einzelnen s. Vergabeunterlagen, hier Vertragsentwurf, Anlage spezifische Leistungspflichten]). Eine losweise Vergabe ist nicht beabsichtigt. Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen (s. Ziff. 5.1.1 "Optionen").

Optionale Leistungen: s. Ziff. 5.1.1 "Optionen". Folgende Unterlagen liegen vor und sind Bestandteil der Vergabeunterlagen, die im Internet abgerufen werden können (s. Ziff. 5.1.11): Vertragsentwurf inkl. ausgewählter Anlagen (insb. Leistungsbild [spezifische Leistungspflichten], AVB), sowie folgende - im Falle der Angebotsaufforderung/ Einladung zur Verhandlung -unterzeichnet vorzulegen Dokumente: Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem BbgVergG. Eine Kenntnis dieser Unterlagen ist für das Bewerbungsverfahren nicht erforderlich. In der 2. Stufe des Verfahrens werden den ausgewählten Unternehmen weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt (s. hierzu Ziff. 5.1.1 "Optionen"). Voraussichtlicher Zeitrahmen: 1. Beauftragung: 04/2024; Realisierung bis Ende 2027; 3. Projektabschluss: im Nachgang.

Interne Kennung: #1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Fürstenwalde/Spree

Postleitzahl: 15517

Land, Gliederung (NUTS): Oder-Spree (DE40C)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Alle Projektverzögerungen, die zu Vertragsverlängerungen führen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Die unter Ziffer 5.1.6

angegebene Vertragslaufzeit ist als Cirka-Angabe zu verstehen; Angabe ohne

Projektabschluss inkl. Abrechnung, Gewährleistungszeit. Der Auftraggeber wird für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Anfrage beim Wettbewerbsregister (Bundeskartellamt) durchführen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen des Bewerbers - bei Bewerbungsgemeinschaften von allen Mitgliedern - sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/-abgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber ausgeschlossen: (1) Eigenerklärungen /Auflagen: a) Soweit der Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem Handelsregister oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (Kopie) sowie Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 2) des Bewerbers, dass der Auszug den aktuellen Eintragungsstand wiedergibt. b) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 2) des Bewerbers, dass er im Auftragsfall die Versicherung gemäß Ziff. 5.1.9 "Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit" für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellt. c) Eigenerklärung (Formular 4.1 EU) des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft, dass keine Ausschlussgründe gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) §123 und §124 vorliegen; d) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 3) des Bewerbers/ der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft zu wirtschaftlichen Verknüpfungen. e) Eigenerklärung zur Beruflichen Befähigung (Teilnahmeantrag Pkt. 6) gemäß (3) Besonderer Berufsstand, s.u). f) Berufet sich der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft zur Begründung seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer), sind die betreffenden Nachunternehmer zu benennen (Teilnahmeantrag Punkt 1), die "Erklärung Unteraufträge /Eignungsanleihe" (Formular 4.3 EU) und die Verpflichtungserklärungen der betreffenden Nachunternehmer nach §47 (1) VgV (Formular 4.4 EU) sowie Erklärungen gemäß §§123 und

124 GWB über das Nichtzutreffen möglicher Ausschlussgründe (Formular 4.1 EU) für die betreffenden Nachunternehmer vorzulegen. Anderenfalls sind die unter dieser Ziffer geforderten Erklärungen und Nachweise für Nachunternehmer erst auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen. g) Eigenerklärung (Sonderformular Russland-Embargo) zu einem etwaigen Russlandbezug. (2) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Bewerbergemeinschaften sind vor Angebotsabgabe nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen. Bewerbergemeinschaften haben mit ihrer Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Bewerbergemeinschaftserklärung) unter zwingender Verwendung des für die Abgabe einer Bewerbung abzurufenden Formblattes (Erklärung der Bieter-/Bewerbergemeinschaft - Formular 4.2 EU) abzugeben, - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, - mit einer Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, - in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft sowie als Bieter und gleichzeitig als Nachunternehmer eines Bieters/ einer Bietergemeinschaft, führen - wegen der damit verbundenen drohenden Verletzung des Geheimwettbewerbs - zum Ausschluss, sofern die betroffenen Unternehmen nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden. (3) Besonderer Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: VgV §75 (1-3) in Verbindung mit VgV §44: Teilnahmeberechtigt sind Ingenieure: (1) Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder wenn sie berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. (2) Juristische Personen werden zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz benennen. (3) Bei Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied die Anforderungen erfüllen, die an natürliche und/oder juristische Personen gestellt werden. Eine Eigenerklärung gemäß vorstehenden Festlegungen erfolgt im Teilnahmeantrag (s. Pkt. 6). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Angaben zum Umsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Alle nachfolgend geforderten Angaben sind vom Bewerber - bei Bewerbergemeinschaften von der Bewerbergemeinschaft insgesamt - unter Berücksichtigung der relevanten Angaben eventueller Eignungsverleiher zu machen; fehlen Angaben oder sind unvollständig - ggf. auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft ausgeschlossen. Umsatz: Eigenerklärung zum Nettjahresgesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023 [ggf. Prognose]) sowie zum Netto-Jahresumsatz für Dienstleistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI §55, Anlagengruppen 1 bis 8 im Sinne HOAI §53. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag angegeben werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat (Kriterium "Eignung zur Berufsausübung" - Pkt. (1) - Unterpunkt f), sind zu beachten). Folgende Mindestanforderung ist zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderung nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen: Netto-Jahresumsatz im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2021 §55, Anlagengruppen 1 bis 8 im

Sinne HOAI 2021 §53, im Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2021, 2022, 2023 [ggf. Prognose]): Mindestanforderung: mindestens 420.000,00 EUR netto pro Jahr im Durchschnitt.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Anforderungen Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Geforderte Kautionen/Sicherheiten: Der Auftragnehmer hat im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Eine Erklärung, dass diese im Auftragsfall abgeschlossen wird, ist erforderlich (Teilnahmeantrag Pkt. 2). Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen oder gegebenenfalls eine projektbezogene Versicherung abgeschlossen werden. Die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres muss mindestens das 2-fache der Deckungssumme betragen. Folgende Mindestanforderung ist zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderung nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen: Berufshaftpflicht mit einer Deckungssumme von mind. 3,0 Mio. EUR je Schadensfall für Personenschäden sowie 3,0 Mio. EUR für sonstige Schäden je Auftragnehmer (Bewerber/Mitglied der Bewerbergemeinschaft).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Angaben zur personellen Ausstattung / Angaben zur Leistungserbringung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: (1) Darstellung (Teilnahmeantrag 4.2) der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023) jahresdurchschnittlich beschäftigten festangestellten Ingenieure (Dr.-Ing., Dipl.-Ing. bzw. Bachelor/Master oder gleichwertiger Abschluss) im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2021 §55 in den Anlagengruppen 1 bis 8 gesamt sowie mit Berufserfahrung größer/gleich 5 Jahre (anzugeben ist das Vollzeitäquivalent). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist der Teilnahmeantrag für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzulegen, d. h., die Mitarbeiterzahlen sind zu addieren. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers können nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers hinzugerechnet werden, die für den entsprechenden Leistungsanteil eingesetzt wurden. Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen: Anzahl (anzugeben ist das Vollzeitäquivalent) der festangestellten Ingenieure [Dr.-Ing., Dipl.-Ing. bzw. Bachelor/Master oder gleichwertiger Abschluss] im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2021 §55 in den Anlagengruppen 1 bis 8 im Sinne HOAI 2021 §53 im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: Mindestanforderung: mindestens 2 pro Jahr im Durchschnitt mit Berufserfahrung größer/gleich 5 Jahre in den Anlagengruppen 1 bis 3 und 8 im Sinne HOAI 2021 §53 sowie mindestens 2 pro Jahr im Durchschnitt mit Berufserfahrung größer/gleich 5 Jahre in den Anlagengruppen 4 und 5 im Sinne HOAI 2021 §53. (2) Darstellung (Teilnahmeantrag Punkt 1), welche Leistungen mit dem eigenen Büro und welche gegebenenfalls durch Nachunternehmer erbracht werden sowie deren Benennung.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Angaben zu mit der Bauaufgabe und der ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Referenzprojekten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für das in Ziffer 2.1 und 2.1.4 aufgeführte Leistungsbild sind aus einer Referenzliste (Teilnahmeantrag Pkt. 5.1) mindestens 2 und maximal 3 mit der Bauaufgabe vergleichbare Referenzprojekte detailliert vorzustellen (Teilnahmeantrag Pkt. 5.2.), die anhand der Auswertungsmatrix bewertet werden. Für die Wertungsfähigkeit der Referenzprojekte müssen folgende Unterangaben vollständig getätigt werden: - Bezeichnung der Maßnahme und Ort/Land; - Auftraggeber (Name/Kontaktdaten; der Bauherr behält sich vor, Erkundigungen einzuholen); - Auftragnehmer; - Datum Fertigstellung Leistungsphase 8 im Sinne HOAI 2021 §55 (mindestens Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber); - Bauwerkskosten (Summe Kosten KGr 410 bis 480 nach DIN 276) in Euro netto; - Bruttogrundfläche BGF in qm; - Art der Baumaßnahme im Sinne HOAI 2021 §2 (Neubau- und /oder Erweiterungsbaumaßnahme / Umbau- und/oder Modernisierungsmaßnahme / Andere [Instandhaltung, Instandsetzung, Wiederaufbau u.ä.]); - Bearbeitete Anlagengruppen im Sinne HOAI 2021 §53 / Leistungsphasen im Sinne HOAI 2021 §55. Für die Bewertung der fachlichen Eignung können, sofern zutreffend, außerdem zusätzliche Angaben zu ausgewählten Leistungen/ Projektmerkmalen in den mind. 2 und max. 3 Referenzprojekten (siehe Teilnahmeantrag Pkt. 5.2.1 - 5.2.3) erfolgen (nicht zwingend in Bezug auf die Wertungsfähigkeit des Teilnahmeantrags/der Referenzprojekte). Es geht je Leistung /Projektmerkmal maximal ein Projekt in die Wertung ein. Die Referenzprojekte müssen auf jeweils max. zwei DIN-A4-Seiten in Form von Texten, Plänen, Fotos oder Skizzen weiterführend dargestellt werden. Bei Nichtvorlage wird/werden die Referenz/en nicht gewertet. Die Angaben zu den Referenzprojekten (Teilnahmeantrag Pkt. 5) sind von der Bewerbungsgemeinschaft (inkl. Nachunternehmer, sofern zutreffend) insgesamt zu machen. Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen: Mindestanforderung, damit die Eignung zuerkannt werden kann: Gewertet werden nur Referenzprojekte (mindestens 2 oder maximal 3 Referenzprojekte), die folgende Bedingungen erfüllen: 1. Fertigstellung Leistungsphase 8 im Sinne HOAI 2021 §55 (mindestens Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber) in den letzten 8 Jahren (im Zeitraum 01 /2016 bis 12/2023); 2. Bauwerkskosten (Summe Kosten KGr 410 bis 480 nach DIN 276) mindestens 1,4 Mio. Euro netto pro Projekt. Für die mindestens 2 oder maximal 3 Referenzprojekte, welche die vorgenannten Bedingungen erfüllen, gelten die folgenden weiteren Mindestanforderungen: a.) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung "Öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103"; b.) mindestens zwei Referenzprojekte mit der Zuordnung "Neubau- und/oder Erweiterungsbaumaßnahme im Sinne HOAI 2021 §2"; c.) mindestens ein Referenzprojekt mit Bauwerkskosten (Summe Kosten KGR 410 bis 480 nach DIN 276) größer/gleich 2,8 Mio. Euro netto; d.) durch die Summe der Referenzprojekte müssen die Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 3 und 5 bis 8 im Sinne HOAI 2021 §55 in den Anlagengruppen 1 bis 5 im Sinne HOAI 2021 §53 mindestens je einmal abgedeckt sein. Alle Mindestanforderungen müssen in einem oder mehreren Referenzprojekten (maximal 3) erfüllt sein, die Kombination dabei ist beliebig. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Auswahlkriterien

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern (1) Die fristgerechte Vorlage der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag gemäß Ziffer 5.1.9 einschließlich geforderter Anlagen. (2) Die Auswahl der Bewerber erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten. Die maximale erreichbare Punktzahl beträgt: 735 Punkte (finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: 165 Punkte; technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 570 Punkte). Wertung im Einzelnen (max. Punktzahl bei): 1.1 Nettojahres-Gesamtumsatz (EURO) im Mittel der letzten drei Geschäftsjahre (2021 / 2022 / 2023 [ggf. Prognose]): größer 0,94 Mio. EUR netto; 1.2 Netto-Jahresumsatz (EURO) im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2021 §55, Anlagengruppen 1 bis 8 im Sinne HOAI 2021 §53, im Mittel der letzten drei Geschäftsjahre (2021 / 2022 / 2023 [ggf. Prognose]): größer 0,705 Mio. EUR netto; 2.1.1 Anzahl (Vollzeitäquivalent) der festangestellten Ingenieure (inkl. Bürohhaber /Führungskräfte) im Leistungsbild Technische Ausrüstung i.S. HOAI §55 insgesamt im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2021 / 2022 / 2023): größer 8; 2.1.2 Anzahl (Vollzeitäquivalent) der festangestellten Ingenieure (inkl. Bürohhaber/Führungskräfte) im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI §55 mit Berufserfahrung ? 5 Jahre im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2021 / 2022 / 2023): größer 6; 2.2.1-2.2.5 Referenzprojekte übergeordnet (Referenzprojekte 5.2.1-5.2.3): 2.2.1 Öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103; 2.2.2 Bauwerkskosten (Summe Kosten KGr 410-480 nach DIN 276) in Euro netto: größer /gleich 2,8 Mio. EUR; 2.2.3 Bruttogrundfläche BGF: größer/gleich 5.000 qm; 2.2.4 Art der Baumaßnahme im Sinne HOAI 2021 §2: Neubau- und/oder Erweiterungsbaumaßnahme; 2.2.5 Bearbeitete Leistungsphasen im Sinne HOAI §53 / Anlagengruppen im Sinne HOAI §55: 72 AGR/LP; 2.2.6-2.2.17 Zusätzliche Angaben (je Leistung/Projektmerkmal geht max. ein Referenzprojekt positiv in die Wertung ein): 2.2.6 Gebäudetypologie Schule (allgemeinbildende Schule, Berufliche Schule, Sonderschule, Weiterbildungseinrichtung bzw. Gebäude für Lehre (Seminar Gebäude, Institutsgebäude o.vgl.)); 2.2.7 Planung für Nutzung regenerativer Energiequellen (Umweltwärme, Biomasse, Solarthermie); 2.2.8 Planung /Realisierung von Wärmerückgewinnung in RLT-Anlagen; 2.2.9 Planung/Realisierung Gefahrenmelde- und/oder Alarmanlagen; 2.2.10 Planung/Realisierung BUS-System zur Steuerung von Sonnenschutz, Licht, Heizung etc.; 2.2.11 Gebäudeautomation: Planung GLT-Anlage; 2.2.12 Planung für digitale Verbrauchserfassung; 2.2.13 Planung/Realisierung einer Ausgabeküche für ? 200 Personen; 2.2.14 Planung/Realisierung eines Bewegungsbad; 2.2.15 Planungsleistungen unter Anwendung eines Zertifizierung-/Bewertungssystems für nachhaltiges Bauen (z.B. DGNB, BNB, LEED, QNG o.ä.); 2.2.16 Erstellen/Fortschreiben des technischen Teils des Raumbuches; 2.2.17 Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist; Detaillierte Angaben zur Bewertung können dem Anhang zum Teilnahmeantrag entnommen werden (Vergabeunterlagen [Hyperlink s. Ziff. 5.1.11], Dokument "Teilnahmeantrag" [Ordner "Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente"]). (3) Eine Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden erfolgt nur, wenn mehr als fünf Bewerber die Mindestanforderungen erfüllen. In diesem Fall ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend. Bei Punktegleichstand entscheidet das Los. (§75 [6] VgV).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 1. Personaleinsatzkonzept (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen [Hyperlink siehe 5.1.11], hier: Dokument "Zuschlagskriterien")

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25,49

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 2. Strukturelle Herangehensweise (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen [Hyperlink siehe 5.1.11], hier: Dokument "Zuschlagskriterien")

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 21,57

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 3. Herangehensweise an fachtechnische Aufgabenstellungen (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen [Hyperlink siehe 5.1.11], hier: Dokument "Zuschlagskriterien")

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 31,37

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: 4. Preis (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen [Hyperlink siehe 5.1.11], hier: Dokument "Zuschlagskriterien")

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 21,57

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YEJ6Z5K/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YEJ6Z5K>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YEJ6Z5K>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 13/02/2024 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 \$name_timeperiod.

MONTHS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nichtvorlage bzw. die Vorlage nicht vollständiger Unterlagen, Erklärungen und Nachweise - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 [2] - hat den zwingenden Ausschluss vom weiteren Verfahren zur Folge. Eine Nachforderung bei fehlerhaften Referenznachweisen ist über den Umfang der Liste in Pkt. 5.1 des Teilnahmeantrages hinaus nicht vorgesehen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin — Beschreibung: Die Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: (1) Die örtliche Präsenz während der Planungs- und Bauzeit ist in engen Intervallen gemäß Erfordernis und nach Bedarf des Auftraggebers sicher zu stellen. Die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist sicherzustellen. (2) Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften sowie ergänzenden Vorschriften und Regeln des Landes Brandenburg, u.a. Schulbaurichtlinie, Raumprogrammempfehlung MBS, Arbeitsstätten-VO, DIN 18040-1, BbgBO, LHO und BbgVergG. (3) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). (4) Vertragsentwurf inkl. Anlagen. (5) Im Falle der Einladung zur Verhandlung von allen Beteiligten vorzulegende Erklärungen: s. Ziff. 5.1.1. (6) Der Bewerber darf bei Vertragsausführung nur Personen einsetzen, die eine Erklärung gem. §1 Verpflichtungsgesetz abgeben. (7) Berufshaftpflichtversicherung gem. Ziffer 5.1.9. (8) Honorarordnung für Architekten und Ingenieure HOAI (2021).

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bieter/die Bieterin den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß §62 VgV. Vergaberechtsverstöße sind vom Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer gegenüber der Vergabestelle zu rügen. Ansonsten gilt gemäß §160 (3) GWB, dass ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, soweit: 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage

nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. §160 (3) Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach §135 (1) Nr. 2 GWB. §134 (1) S. 2 GWB bleibt unberührt. Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis Oder-Spree, Der Landrat, Dezernat III, Amt 65
TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:
TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Oder-Spree, Der Landrat, Dezernat III, Amt 65
Registrierungsnummer: 12-12992262163063-66
Postanschrift: Breitscheidstraße 7
Stadt: Beeskow
Postleitzahl: 15848
Land, Gliederung (NUTS): Oder-Spree (DE40C)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Amt 65 - SG Gebäudemanagement / Hochbau
E-Mail: michael.graff@landkreis-oder-spree.de
Telefon: +49 3366 35-2654
Fax: +49 3366 25-2659

Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie
Registrierungsnummer: t:03318661719
Postanschrift: Heinrich Mann Allee 107
Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14473

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mwae.brandenburg.de

Telefon: +49 331866-1719

Fax: +49 331866-1652

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 95cffe4-cd9f-4284-8357-e0f7fbbb13e7 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/01/2024 10:06:08 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 25541-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 10/2024

Datum der Veröffentlichung: 15/01/2024